

Samstagsinterview

Ursula Streit, Mäzenin

«Die Schweiz ist in ihrer Abgeschlossenheit angreifbar»

Ursula Streit will anständige Unterkünfte für Asylsuchende - und Museen, die sich ihrer Vergangenheit stellen.

Interview: Bernhard Ott

Frau Streit, Europa wehrt Flüchtlinge mit Zäunen ab, Wohlen nimmt nächste Woche Wohncontainer in Betrieb, die von Ihnen finanziert sind. Das Timing zur Setzung eines Zeichens scheint perfekt zu sein.
Die Lage in Europa hatte sich noch nicht derart zugespitzt, als ich die Unterstützung von Wohncontainern beschloss. Mit dem Beitrag der Stiftung Rudolf und Ursula Streit wollte ich etwas beschleunigen, was sonst im politischen Prozess oder im Baubewilligungsverfahren hängen geblieben wäre.

Woher hatten Sie die Idee mit den Wohncontainern?

Mir war klar, dass die zuerst anvisierte Unterbringung von 100 Asylbewerbern in der unterirdischen Zivilschutzanlage keine Lösung sein konnte. Da kamen mir die Wohncontainer für Bauarbeiter in den Sinn. Warum sollte das für Flüchtlinge nicht auch möglich sein?

Die Container in Wohlen bieten Platz für 30 bis 40 Personen. Laut Kanton können Unterkünfte aber erst ab 100 Plätzen rentabel betrieben werden.

Ich denke, diese Zahlen muss man noch ein wenig hinterfragen. Man muss sich einmal vorstellen, was mit 100 Asylsuchenden in einer unterirdischen Zivilschutzanlage passiert. Das geht eine Weile gut, und dann gibt es Zores.

Ihre Stiftung war bisher eher im «klassischen» Sozialbereich tätig. Warum jetzt das Engagement für Flüchtlinge?

Das hat sich aus der Entwicklung der Stiftung ergeben: Sie wurde 1999 von meinem Mann und mir gegründet und hat von Anfang an Menschen unterstützt, die zwischen die Maschen des sozialen Netzes gefallen sind. Davon gibt es in der Schweiz überraschend viele. Die Flüchtlingsproblematik schafft neue, zusätzliche Probleme. Wir von der Stiftung wollen dazu beitragen, die sozialen Folgen zu entspannen.

Die Bedürftigkeit der Flüchtlinge ist offensichtlich. Die Armut der Schweizer sieht man oft nicht.

Genau. Hier sind alle sehr proper, benehmen sich anständig und haben ihr Täschchen in der Hand, in dem aber vielleicht nur ein paar Franken sind. Nicht selten sind es Menschen mit Migrationshintergrund, die bedürftig sind. In diesem Zusammenhang steht auch unser Engagement für den Bau des Hauses der Religionen. Religion hilft, den Menschen charakterlich und sozial zu festigen.

Sie kann aber auch zu Fanatismus anstacheln.

Gerade darum scheint uns das Haus der Religionen eine psychologisch interessante und wichtige Idee zu sein: Wenn Anhänger verschiedenster Glaubensrichtungen ihre Religion unter einem Dach ausüben und sich dabei sicher fühlen, sind Ausgrenzung und Fanatismus weniger wahrscheinlich.

Die Bilder der Flüchtlinge im Fernsehen waren kein Anstoss für Sie?

Nein. Ich brauche nicht das Fernsehen, um die Situation von Flüchtlingen zu verstehen. Ich hatte aber nicht das Gefühl, ich müsse Kleider sammeln und nach Mazedonien fahren. Wir können und wollen hierzulande helfen. Es gibt immer wieder Situationen, wo dies unbürokratisch und rasch geschehen kann.

Sie haben ein Sensorium dafür?

Ich merke relativ rasch, wie dringlich eine Anfrage ist. Die Stiftung konnte bisher in über 200 Notfällen mit Beträgen zwischen 500 und 350 000 Franken helfen.

Sie bekommen die Leute vom Sozialdienst zugewiesen?

Nein, wir sind ja keine Sozialarbeiter. Der Sozialdienst oder die Winterhilfe weisen uns auf Fälle hin, bei denen nach Ausschöpfung aller Mittel immer noch Geld fehlt, damit jemand sein GA oder die Krankenkasse bezahlen kann. Mittlerweile machen wir im Stiftungsrat aber auch selber Abklärungen, obwohl wir das eigentlich nie wollten.

Spielt es eine Rolle, ob jemand selbst verschuldet in Not geriet?

Nein. Not ist häufig selbst verschuldet. Jemand war nachlässig oder ignorant, nun ist er aber in Not. Soll man ihm da zuerst erklären, wie ignorant er war? Das weiss er wahrscheinlich selber.

“
Religion hilft, den Menschen charakterlich zu festigen.

Wenn jemand es nicht weiss, könnte er wieder kommen.

Es ist noch kein Einziger wieder gekommen. Es gibt zwei, drei Fälle, bei denen wir von Anfang an wussten, dass ein erster Betrag wohl nicht ausreichen würde.

Haben Sie schon Gesuche abgewiesen?

Einige wenige. Manchmal merkt man, dass es sich nur um eine vorübergehende Phase der Verzweiflung handelt. Oder es geht primär ums Zuhören.

Ist Ihnen Dankbarkeit wichtig?

Nein. Ich freue mich einfach, wenn jemand es schafft, dank unseres Beitrags «die Kurve zu kriegen». Und ja, ich bin immer sehr gerührt, wenn Leute danken. Wir geben ja keine Almosen. Die Menschen sollen einen Anstoss erhalten, sich selber wieder aufzurappeln. Bei den meisten scheint das auch zu klappen.

Eigentlich erstaunlich.

Viele sind über rasche Hilfe so verblüfft, dass sie einen kleinen Schock kriegen, der ihnen hilft, sich wieder zu fangen.

Das Vermögen Ihrer Stiftung soll zehn Jahre nach Ihrem Ableben ausgegeben sein. Warum?

Eine Stiftung ist da, um Geld auszugeben.

Andere Stiftungen sind damit beschäftigt, ihr Geld anzulegen.

Das hat mich schon immer verwundert. Für mich heisst stiften schenken. Eine Stiftung kann ihren Zweck innerhalb einer bestimmten Frist erfüllen. Wo liegt das Problem?

Vielleicht in der Eitelkeit der Stifter?

Mag sein. Oder viele Stifter kommen gar nicht erst auf die Idee, dass Stiftungen auch mal ein Ende haben können. Im Übrigen ist das Vermögen der Rudolf-und-Ursula-Streit Stiftung nicht unendlich.

Können Sie Zahlen nennen?

Das würde keinen Sinn machen. Meinem Mann und mir hat die Vorstellung Freude bereitet, zu Lebzeiten helfen zu können.

Was ist Ihnen heute wichtiger: die Million für die Gurlitt-



Forschungsstelle oder die kleinen Beträge?

Ach herrje - das kann man wirklich nicht vergleichen. Unser kulturelles Engagement beschränkt sich aufs Kunstmuseum Bern. Mein Mann und ich haben das Kunstmuseum seit jeher mit Beiträgen zu Ankäufen oder Ausstellungen unterstützt. Wir finden die Institution wichtig für Bern - aber sie ist kein Sozialfall!

An den Bauvorhaben wollten Sie sich nie beteiligen?

Nein. Das ist für mich Aufgabe der öffentlichen Hand. Wenn Herr Wyss hier unterstützen will, ist es auch gut. Die Stiftung ist lieber an den Rändern und in Ecken tätig, wo es Lücken gibt.

Der Fall Gurlitt ist keine Marginalie.

Das ist die Ausnahme. Ich habe den Verantwortlichen geschrieben, dass die Probleme mit der Sammlung wohl eine Nummer zu gross sein könnten und dass die Stiftung bereit wäre, das Kunstmuseum bei der Aufarbeitung wirtschaftlich zu unterstützen. Provenienzforschung ist nicht billig.

Die Cousine von Cornelius Gurlitt hat das Testament angefochten. Sie sagt, die Sammlung müsse in Deutschland aufgearbeitet werden.

Darüber sollen nun die Gerichte entscheiden. Ich wollte bloss verhindern, dass Bern das Erbe aus finanziellen Gründen ausschlägt, weil es sich eine ordentliche Provenienzforschung nicht leisten kann. Die Sammlung soll in Bern musterhaft behandelt werden, damit sie zu einem neuen Schmuckstück für das Kunstmuseum wird.

An einer guten Provenienzforschung scheint Ihnen generell viel zu liegen.

Unbedingt. Es gibt nach wie vor viele Kunstobjekte in Schweizer Museen, deren Herkunft unklar ist - auch im Kunstmuseum Bern.

Dabei geht es nicht «nur» um Raubkunst oder Fluchtgut?

Nein. Das Thema Raubkunst in der Sammlung Gurlitt wird ja in Deutschland behandelt. Da muss Bern wenig bis gar nichts mehr tun. Es geht zunächst um klassische Katalogisierungsarbeit. Das schliesst aber nicht aus, dass in der Sammlung Gurlitt noch Bilder fragwürdiger Provenienz entdeckt werden.

Solange der Streit um Gurlitts Testament nicht entschieden ist, fliesst von Ihrer Seite aber kein Geld. Das ist so. Inzwischen ist aber in den Museen der Schweiz und auch beim Bund die Frage aufgetaucht, was die Schweiz in Sachen Raubkunst bisher unternommen hat. Es ist vieles getan worden, aber einiges noch nicht erforscht.

Das Geld für die Provenienzforschungsstelle ist aber doch an die Sammlung Gurlitt gebunden?

Stimmt. Das war der Auslöser. Aber wir können das Spektrum durchaus erweitern, sofern es der Schweiz nützt.

Sie wollen ein nationales Kompetenzzentrum für Provenienzforschung unterstützen, auch wenn die Gurlitt-Sammlung nicht nach Bern kommt?

Irgendwann wird ein vernünftiger Mensch oder eine vernünftige Institution einen entsprechenden Plan vorlegen. Dann sind wir ansprechbar. Ich möchte, dass die Schweizer Museen sich erneut mit der Provenienzforschung beschäftigen, bis Tabula rasa herrscht. Niemand mehr soll die Schweiz wegen ein paar Bildern aus der Nazi-Zeit beschimpfen können. Seit Jahrzehnten kriegt die Schweiz vorgehalten, was sie alles falsch gemacht hat - mit den nachrichtenlosen jüdischen Vermögen auf Schweizer Banken, mit den Geschäften in der Zeit des Apartheid-Regimes in Südafrika, mit dem Bankgeheimnis. Man könnte all dies hierzulande beerdigen, würde man nur konsequent an seine Aufgaben rangehen und nicht warten, bis von aussen «getreten» wird.

Das Verschämte gehört halt zum Schweizer Charakter.

Na ja. Mitunter ist es ja auch rührend und weltfremd. Ich habe Verständnis für Schwächen - sonst würde ich mich nicht sozial engagieren. Aber wer in diesem Land über genügend Verstand verfügt, sollte aus diesen Schwächen lernen. Und niemand kann mir sagen, dass die Schweizer nicht klug seien.

Was heisst das nun in Bezug auf die Provenienzforschung?

Es ist besser, allfällige Leichen im Keller aus eigenem Antrieb zu untersuchen. Provenienzforschung ist das letzte Kapitel aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, das die Schweiz nun angehen und abschliessen muss. Es ist ja schon eine Menge geschehen, aber in manchen Fällen schliesst man gottergeben die Augen, weil es aufwendig oder umständlich oder schlicht «nicht interessant genug» ist.

Das Bundesamt für Kultur hat dazu lange genug geschwiegen.

Immerhin hat es nun einen Beitrag an die Provenienzforschung in den Museen gesprochen - auch wenn es sich um einen bescheidenen Betrag handelt. Der Staat anerkennt damit, dass es noch Forschungsbedarf in den Museen gibt.

Die Einrichtung eines nationalen Zentrums für Provenienzforschung in Bern war auch die Idee von Stadtpräsident Alexander Tschäppät.

Tschäppät hat eben sofort erkannt, dass dies ein Gewinn für Bern wäre.

Wie wichtig ist Ihnen, dass die Sammlung Gurlitt nach Bern kommt?

Ich persönlich hätte die Sammlung gern in Bern. Sie ist mit ihren umfangreichen Werk-Konvoluten wirklich museal. Aber letztlich ist es egal, ob die Sammlung hier oder in München hängt. Hauptsache, sie ist in einem Museum präsent. Ich bin mir auch nicht sicher, ob die Erben von Gurlitt für eine ordentliche Provenienzforschung garantieren könnten, weil sie dafür Geld aufreiben müssten. Es könnte auch zu wirtschaftlich notwendigen Verkäufen kommen. Eine

“

Niemand soll die Schweiz wegen ein paar Bildern beschimpfen.

Institution ist für die Sammlung Gurlitt besser geeignet - egal, ob sie sich in Bern, Zürich oder Hannover befindet.

Sie leben seit 1969 in der Schweiz und lieben dieses Land. Wird Ihre Liebe durch gewisse Abstimmungsergebnisse nicht geschmälert?

Ich mag die direkte Demokratie samt der damit zusammenhängenden Probleme. Aber es ist auch richtig, dass ich gewisse Abstimmungsergebnisse grässlich finde.

Die Demokratie in der Schweiz ist unheimlich träge.

Das macht die Menschen hierzulande eben auch etwas bequem. Ich wünsche mir da und dort ein grösseres Sensorium für das, was in der Welt ausserhalb der Schweiz geschieht. Die Schweiz ist in ihrer Abgeschlossenheit angreifbar und verwundbar. In Deutschland gab es den Krieg, die Mauer, die Migration der Türken, die RAF - da ist immer alles Mögliche passiert, mit dem sich die Deutschen auseinandersetzen mussten. In der Schweiz gab es das kaum. Dadurch entsteht bisweilen eine Tendenz zu abgekürzten Meinungen. Die Minarett-Initiative wurde ja nicht wegen der Ablehnung der Minarett angenommen, sondern weil die Menschen Angst vor dem Islam hatten, den sie eigentlich gar nicht kannten.

Ursula Streit

Die im deutschen Fulda aufgewachsene Ursula Griessel hat eine Ausbildung zur Dolmetscherin absolviert. 1969 zog sie mit ihrem Mann Rudolf Streit nach Bern. Gemeinsam leiteten sie den Scherz-Verlag, den sie 1996 an die Holtzbrinck-Gruppe verkauften. Drei Jahre später wurde die Stiftung Rudolf und Ursula Streit gegründet, die soziale Zwecke verfolgt. Ursula Streit stand ihrer Wahlheimat aber auch des Öftern zur Seite, um Projekte zu deblockieren. So unterstützte sie etwa den Bau des Hauses der Religionen oder die Errichtung von Wohncontainern für Flüchtlinge in ihrem Wohnort Wohlen. (bob)

Die gesammelten Samstagsinterviews unter www.samstagsinterviews.derbund.ch

Diese Woche

Leitartikel Das spezielle Wahlverfahren für den Jura-Sitz macht die Stichwahl für den Regierungsrat schwer vorhersehbar. Dennoch ist es sinnvoll. *Simon Thönen*

Schutz für die Sprachminderheit

Bleibt die Regierung des Kantons Bern mit Roberto Bernasconi (SP) rot-grün oder wird sie mit Pierre Alain Schnegg (SVP) bürgerlich? Dies entscheidet bei der Stichwahl am 3. April natürlich das Volk an der Urne. Der Begriff Volk ist in diesem Fall allerdings zu vereinfachend. Genauer müsste man es so formulieren: Am 3. April entscheiden gleich zwei Wahlvölker, jenes im ganzen Kanton Bern einerseits - und jenes im Verwaltungskreis Berner Jura andererseits. Denn für den garantierten Sitz des Berner Juras in der Kantonsregierung gilt eine spezielle Wahlformel, die sowohl den Volkswillen des ganzen Kantons wie auch jenen der kleinen französischsprachigen Minderheit im Berner Jura ausdrücken soll.

Spezialregel für Ausnahmefälle

Dieser doppelte Volkswille wird in der mathematischen Formel des geometrischen Mittels ausgedrückt: Die Wahlergebnisse im Kanton und im Berner Jura werden miteinander multipliziert (und danach wird - lediglich aus kosmetischen Gründen - die Wurzel daraus gezogen). In den allermeisten Regierungsratswahlen spielte die Formel für den Jura-Sitz keine Rolle. Der gewählte Vertreter des Berner Juras im Regierungsrat war jeweils in beiden Wahlkreisen siegreich - und verfügte so über einen doppelten demokratischen Auftrag: vom Volk des Kantons und von der französischsprachigen Minderheit im Berner Jura.

Im Umkehrschluss könnte man unterstellen, dass ein Bernjurassier, der lediglich aufgrund der Jura-Regel gewählt wird, bloss ein halber Regierungsrat sei. Mit diesem Etikett sah sich Philippe Perrenoud (SP) konfrontiert, als er in den Wahlen 2014 bloss aufgrund der Jura-Formel die Wiederwahl schaffte - es war die erste Wahl überhaupt, in der diese den Ausschlag gab. Perrenoud selber wies diese Unterstellung natürlich zurück. Doch nach seiner Demission räumte er

gegenüber dem «Bund» ein, er habe befürchtet, «dass nun künftig meine Legitimität als Regierungsrat bei gewissen Sachdossiers infrage gestellt werden könnte». Dies sei auch ein Grund für seinen Rücktritt gewesen. Sein Unbehagen über den Verlust des Wählerauftrags im Gesamtkanton ist nachvollziehbar - zumal Perrenoud ohnehin stark in der Kritik stand.

Dennoch wäre es verfehlt, die spezielle Wahlformel für den Jura-Sitz infrage zu stellen. Dass ein Sozialdemokrat als erster Bernjurassier überhaupt dank der Formel eine Regierungswahl gewann, bestätigt im Gegenteil: Die Formel ist politisch neutral - denn eingeführt wurde sie seinerzeit auf Wunsch der Bürgerlichen.

Der Anlass war auch eine Wahl, bei welcher der Berner Jura anders wählte als der Kanton: 1986 siegte die freisinnige Kandidatin Geneviève Aubry im Berner Jura - doch der grüne Tierarzt Benjamin Hofstetter gewann die Wahl im ganzen Kanton. Und damit nach den damals gültigen Wahlregeln den Jura-Sitz im Regierungsrat. Die erste rot-grüne Regierung im Kanton Bern war gewählt - zur grossen Konsternation der Bürgerlichen. Es dürfe nicht sein, dass der für den Berner Jura reservierte Sitz an einen Kandidaten gehe, der dort gar keine Mehrheit auf sich vereine. So argumentierten damals die Bürgerlichen - unter dem Aspekt des Schutzes der Sprachminderheit durchaus schlüssig. Experten empfahlen in

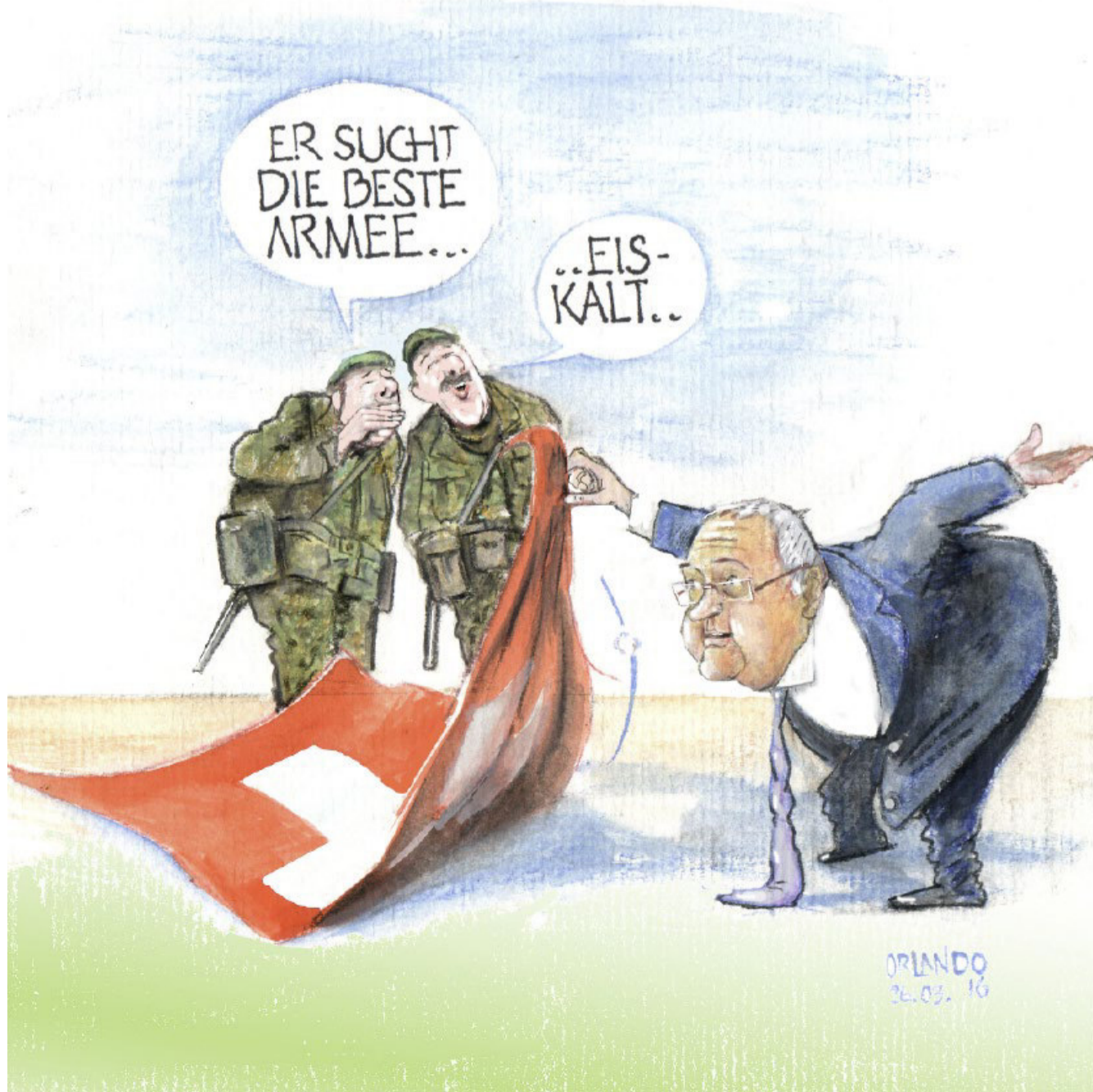
Die Jura-Regel ist ein Kompromiss zwischen Mehr- und Minderheit.

der Folge die Wahlformel des geometrischen Mittels - und das Kantonsparlament verankerte sie im Wahlgesetz. Die Formel weist durchaus Schönheitsfehler auf. So kann sie dazu führen, dass jemand gewinnt, der weder im Kanton noch im Berner Jura an der Spitze steht, sondern in beiden Kreisen bloss guter Zweiter ist.

Notwendiges Zugeständnis

Dass wegen der Jura-Formel das Wahlergebnis im Kanton allenfalls korrigiert wird, ist dagegen kein Schönheitsfehler - sondern der eigentliche Zweck der Sache: Es gewichtet den Willen der Sprachminderheit. Andererseits sorgt die Formel des geometrischen Mittels dafür, dass auch das Resultat im ganzen Kanton zählt. Ein Kandidat, der nur im Berner Jura erfolgreich ist, hat keine Chance. Dies erlebte der autonomistische Bürgermeister von Moutier, Maxime Zuber, der bei den Regierungswahlen 2006 im Berner Jura - aber eben nur dort - das beste Ergebnis erzielte. Das geometrische Mittel ist ein guter Kompromiss zwischen Mehrheitswille und Minderheitenschutz.

Die französischsprachige Minderheit benötigt mehr Schutz als andere Minderheiten, weil im Kanton Bern in Politik und Alltag überwiegend auf Deutsch kommuniziert wird. Trotz offizieller Zweisprachigkeit. Dass sich eine Missachtung der Sprachminderheit bitter rächen kann, weiss man im Kanton Bern nur zu gut, aus eigener Erfahrung. Die bodenständige Borniertheit der Mehrheit hat viel zur Entstehung der separatistischen Bewegung beigetragen, die zur Gründung des Kantons Jura führte. Solche Fehler sollte man nicht wiederholen. Dies wird auch dann gelten, falls die Stadt Moutier 2017 für einen Kantonswechsel stimmen sollte. Damit würde die frankofone Minderheit im Kanton Bern noch kleiner - und ihre Minderheitenrechte würden noch wichtiger.

Orlando

www.orlando.derbund.ch